

Fördereinbruch bei der KfW

01.03.2024 23:28

Hohe Preise und Ampelpolitik verunsichern Bürger

So wurden im Landkreis Landshut nur 557 Projekte bezuschusst. Zum Vergleich: im Jahr 2022 waren es mit 1.085 fast noch doppelt so viele.

Im Stadtgebiet wurden nur 147 Projekte bezuschusst. Zum Vergleich: im Jahr 2022 waren es mit 272 fast noch doppelt so viele.

Im Landkreis Kelheim wurden nur 325 Projekte bezuschusst. Zum Vergleich: im Jahr 2022 waren es mit 970 fast noch dreimal so viele.

Viele Förderprogramme wurden von der rot-grün-gelben Bundesregierung gestoppt.

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU) beschreibt nun die Folgen daraus: "In unserer Region ist die Investitionsbereitschaft in Elektromobilität oder klimafreundliches Wohnen grundsätzlich weiterhin hoch. Anstatt die Menschen bei Zukunftsinvestitionen zu unterstützen, werden ihnen jedoch Fördermöglichkeiten genommen. So können wir unsere Region nicht zukunftsfest machen".

So wurden im Landkreis Landshut nur noch 168 neue Ladesäulen für E-Autos gefördert. Auch bei Neu- und Umbauten von Wohneigentum gab es einen Einbruch. Nur 44 Wohneinheiten wurden barrierefrei gestaltet, 2022 waren es noch 56.

Im Stadtgebiet wurden nur noch 29 neue Ladesäulen für E-Autos gefördert. Nur 17 Wohneinheiten wurden barrierefrei gestaltet, 2022 waren es noch 30.

Im Landkreis Kelheim wurden nur noch 68 neue Ladesäulen für E-Autos gefördert. Nur 39 Wohneinheiten wurden barrierefrei gestaltet, 2022 waren es noch 85.

Trotz des deutlichen Rückgangs an Projekten, wurden insgesamt 90,7 Mio. Euro im Landkreis seitens der KfW investiert. 32,5 Mio. Euro im Bereich des Stadtgebiets und 51,1 Mio. Euro im Landkreis Kelheim. Oßner, der für die CDU/CSU-Fraktion als Obmann im Haushaltsausschuss sitzt, erläutert, dass durch die nach wie vor hohen Baukosten und die zusätzlich steigende Zinslast mehr finanzieller Einsatz notwendig sei. "Was wir jetzt brauchen, ist eine aktivierende Wirtschaftspolitik und ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der Bürger, welche in unserer Heimatregion investieren wollen", fordert Oßner.